Die UNO erklärt der Menschheit ihren hybriden Krieg

Warum die angebliche Bekämpfung von Desinformation ein klares Anzeichen für ein Abdriften in eine Scheindemokratie ist und Kern einer hybriden Kriegsführung gegen uns sind.

Es ist inzwischen für jeden, der nicht gezielt wegschaut, klar zu erkennen, dass der Kampf gegen Desinformationen als Vorwand genutzt wird, um die Kontrolle über den öffentlichen Diskurs zu verschärfen und unerwünschte Meinungen zu unterdrücken. Bei wem rückblickend auf die Corona-Krise noch nicht der Groschen gefallen ist, der hat jetzt eine neue Chance, wenn er sich dem gerade schweigend angenommenen UNO-Zukunftspakt zuwendet und sich die Worte des Generalsekretärs Guterres auf der Zunge zergehen lässt:

„Democracy is under threat. Authoritarianism is on the march. Inequalities are growing. And hate speech is on the rise."

Eigene Übersetzung: „Die Demokratie ist bedroht. Der Autoritarismus ist auf dem Vormarsch. Die Ungleichheiten nehmen zu. Und Hassreden sind auf dem Vormarsch."

Am Ende des Artikels wird hierauf noch eingegangen.

Zensur und Kontrolle

Das zentrale Merkmal einer Demokratie ist die freie Meinungsäusserung. Doch wenn Regierungen oder internationale Organisationen beginnen, unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Desinformation" die Verbreitung bestimmter Informationen zu kontrollieren, stellt sich die Frage, ob hier nicht ein entscheidendes demokratisches Grundrecht ausgehebelt wird. In vielen Fällen führt die „Bekämpfung von Desinformation" dazu, dass alternative Medien, kritische Stimmen und unabhängige Journalisten als „Gefahr" eingestuft werden und zensiert oder unterdrückt werden.

In totalitären Systemen wird die Information immer zentral gesteuert, und kritische Stimmen werden systematisch unterdrückt. Wenn westliche Regierungen oder internationale Akteure unter dem Deckmantel der Desinformationsbekämpfung beginnen, bestimmte Narrative zu verbieten oder Plattformen zu zensieren, ist das definitiv ein Schritt in Richtung eines kontrollierten Systems. Menschen verlieren die Möglichkeit, sich frei zu informieren und alternative Meinungen zu hören.

Manipulation der Wahrnehmung

In einer Scheindemokratie wird der Anschein von Freiheit und Mitbestimmung aufrechterhalten, während die tatsächliche Macht im Verborgenen von wenigen kontrolliert wird. Durch die Kontrolle von Informationen können Regierungen oder Machteliten die Wahrnehmung der Bevölkerung manipulieren. Sie bestimmen, was als „Wahrheit" gilt, und alles, was nicht ins Narrativ passt, wird als „gefährlich" oder „falsch" abgetan. Grosse Technologiekonzerne und Regierungen arbeiten hier Hand in Hand, um Inhalte, die als „Desinformation" eingestuft werden, zu löschen. In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie z.B. Twitter, Facebook und YouTube Inhalte zensieren, die nicht der offiziellen Linie entsprechen, besonders während der Corona-Krise oder in geopolitischen Konflikten.

Desinformation als Vorwand für Kontrolle

Ein weiterer Aspekt, der totalitäre Tendenzen verdeutlicht, ist der Gebrauch des Begriffs „Desinformation", um legitime Kritik oder abweichende Meinungen zu delegitimieren. Regierungen nutzen die Angst vor Desinformation, um weitreichende Kontrollmassnahmen einzuführen, sei es durch Gesetze, die die Verbreitung bestimmter Informationen unter Strafe stellen, oder durch den Aufbau von Überwachungsmechanismen, die die Meinungsäusserung der Bürger kontrollieren.

Zweckentfremdung von Anti-Desinformations-Massnahmen: Viele dieser Massnahmen haben nichts mit dem Schutz vor tatsächlicher Desinformation zu tun, sondern vielmehr damit, die Macht derjenigen zu sichern, die das Informationsmonopol innehaben. Propaganda wird nicht mehr als Propaganda bezeichnet, sondern als „Schutz vor Desinformation“. Wer die Definitionshoheit hat, kann bestimmen, welche Informationen zugelassen werden und welche nicht.

Totalitarismus oder übertriebene Sorge?

Es ist kein Zufall, dass in fast allen totalitären Systemen der Vergangenheit eine strikte Kontrolle der Informationen eine zentrale Rolle spielte. Die gezielte Bekämpfung von Desinformation kann, wenn sie intransparent und autoritär durchgeführt wird, leicht zu einer Orwell’schen Realität führen, in der der Staat oder grosse Institutionen die Deutungshoheit über die Wahrheit haben. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die aktuelle Entwicklung in diese Richtung geht, wenn nicht genug kritische Gegenwehr und Wachsamkeit der Bevölkerung vorhanden ist.

Die zunehmenden Bestrebungen, Desinformation zu bekämpfen, ohne klare Mechanismen der Transparenz und der Wahrung der Meinungsfreiheit, sind deutliche Warnsignale, dass wir uns von echten demokratischen Prinzipien entfernen. Diese Massnahmen haben definitiv totalitäre Züge und tragen dazu bei, dass sich die westlichen Gesellschaften immer mehr in Scheindemokratien verwandeln, in denen die Freiheit zwar pro forma existiert, aber de facto stark eingeschränkt wird. Wer die Informationen kontrolliert, kontrolliert die Macht – und das ist das Fundament jeder autoritären oder totalitären Herrschaft.

Hybride Kriegsführung

Hybride Kriegsführung ist die Idee, dass moderne Konflikte nicht mehr nur auf dem “Schlachtfeld“ ausgetragen werden. Der Gegner wird in verschiedenen Bereichen gleichzeitig angegriffen: militärisch, wirtschaftlich, politisch, medial und sozial.

Wichtige Elemente der hybriden Kriegsführung:

- Cyberangriffe und Fake News: Desinformation und Manipulation in sozialen Medien schwächen die Moral und das Vertrauen der Bevölkerung.
- Proxy-Kriege: Indirekte Kriegsführung über Stellvertreter wie paramilitärische Gruppen oder Söldner.
- Diplomatischer und wirtschaftlicher Druck: Handelsblockaden, Sanktionen oder Energieknappheit werden gezielt eingesetzt.

Kognitive Kriegsführung

Die kognitive Kriegsführung stellt die nächste Evolutionsstufe dar. Hierbei wird nicht mehr nur auf materielle Ressourcen, sondern direkt auf den Geist und das Bewusstsein der Menschen gezielt. Es geht darum, die Wahrnehmung der Realität zu verzerren, Menschen zu verwirren und Spaltungen in der Gesellschaft hervorzurufen, um ein Land oder eine Bevölkerung von innen heraus zu schwächen.

Beispielsweise kann gezielt Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung, den Medien oder sogar unter verschiedenen sozialen Gruppen geschürt werden, um interne Konflikte zu provozieren. Cyberangriffe, Deepfakes und der Einsatz von KI zur Manipulation von Nachrichten oder sozialen Medien spielen hier eine zentrale Rolle.

Die 5. Generation der Kriegsführung (5GW)

Die 5. Generation der Kriegsführung (der NATO und der Geheimdienste) ist das Resultat eines sich stetig verändernden strategischen Umfelds, das Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts Form annahm. Es geht nicht mehr um klassische "Schlachten" zwischen Armeen auf Schlachtfeldern, sondern darum, den Feind auf völlig neue Art und Weise zu destabilisieren und zu besiegen, ganz ohne Bomben und Panzer. Hierbei kommen vor allem nicht-militärische Mittel zum Einsatz, um Schwächen der Gesellschaft, Wirtschaft oder politischen Struktur des Gegners zu attackieren.

Merkmale der 5. Generation der Kriegsführung:

- Unsichtbarer Gegner: Die Kriegsführung wird oft durch unkonventionelle Akteure geführt, die schwer fassbar sind (z.B. Terroristen, extremistische Gruppen, Cyberkriminelle).
- Asymmetrische Taktiken: Kleine, dezentral organisierte Einheiten setzen auf Guerilla- oder Cyberkriegsführung, um entscheidende Schwachstellen zu treffen.
- Technologische Dominanz: Cyberangriffe, elektronische Kriegsführung und Störungen kritischer Infrastrukturen sind ein zentrales Merkmal. Information wird zur Waffe.
- Psychologische Operationen (PsyOps): Die Beeinflussung von Meinungen, Emotionen und Handlungen durch Desinformation, Propaganda und Medienmanipulation.

Die 6. Generation der Kriegsführung (6GW)

Die 6. Generation der Kriegsführung, die sich gegenwärtig im Konzeptionsstadium befindet und zum Teil in experimentellen Ansätzen schon im Einsatz ist, geht einen Schritt weiter: Es geht um die Verschmelzung von physischer, digitaler und kognitiver Dominanz. Die Zielsetzung ist nicht nur die militärische, sondern die völlige Überlegenheit in allen Dimensionen der Konfrontation.

Merkmale der 6. Generation der Kriegsführung:

- Kognitive Kriegsführung (Cognitive Warfare): Diese Form der Kriegsführung zielt direkt auf die Gedankenwelt des Feindes ab. Informationsdominanz wird nicht nur genutzt, um Fehlinformationen zu verbreiten, sondern um das Denken der Zielpopulation zu manipulieren und die Fähigkeit zu rationalen Entscheidungen zu zerstören.
- Hybride Kriegsführung: Die Kombination von konventionellen und unkonventionellen Mitteln (z.B. wirtschaftlicher Druck, Cyberangriffe, paramilitärische Operationen), wobei die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen.
- Künstliche Intelligenz und autonome Systeme: Die 6GW nutzt KI-gesteuerte Waffen, Drohnen und sogar Social-Media-Bots, um Feinde auf eine Weise zu bekämpfen, die sowohl physische als auch mentale Fronten betrifft.
- Vernetzte Kriegsführung: Es wird ein integriertes Netzwerk von Soldaten, autonomen Systemen und Cyberakteuren geschaffen, um eine simultane, koordinierte Kriegsführung über alle Domänen (Land, Luft, See, Cyberspace und kognitive Ebene) hinweg zu ermöglichen.

Wo stehen wir heute?

Die NATO und viele ihrer Mitgliedstaaten sowie die Schweiz befinden sich in der Phase, diese Konzepte zu operationalisieren. 5GW und 6GW werden zunehmend wichtiger, da sich geopolitische Rivalen wie Russland und China bereits stark auf hybride und kognitive Kriegsführung konzentrieren. Die NATO hat bereits Initiativen zur Abwehr von Cyberangriffen und Desinformation ins Leben gerufen, doch die Realität zeigt, dass diese Kriegsformen bereits voll im Gange sind. Staaten

versuchen, durch kognitive Kriegsführung Einfluss auf Wahlen, öffentliche Meinung und sogar die geopolitische Ausrichtung ganzer Nationen zu nehmen.

Im Jahr 2024 steht die NATO gewissermassen in einer Übergangsphase: Während konventionelle Verteidigungsstrategien weiterhin eine Rolle spielen, wird der Fokus immer stärker auf hybride und kognitive Ansätze gelegt. Die Bedrohung ist nicht mehr nur physisch, sondern auch mental – und die Schlachtfelder sind nicht nur real, sondern auch virtuell und im menschlichen Geist.

Zusammengefasst: Die 5. und 6. Generation der Kriegsführung verschieben die klassische Definition von Krieg. Hybride und kognitive Kriegsführung sind die Waffen der Zukunft – und in vielerlei Hinsicht die Waffen der Gegenwart. Die NATO, aber auch rivalisierende Staaten, arbeiten aktiv an der Beherrschung dieser neuen Dimensionen. Die Herausforderungen sind enorm, denn es gilt nicht nur, den Gegner zu besiegen, sondern ihn auf allen Ebenen zu dominieren – einschliesslich der Gedanken seiner Bevölkerung.

Misinformation, Desinformation und Hassrede (Hate Speech)

Desinformation, Misinformation und die sogenannte Hassrede zielen längst nicht mehr nur auf Kriegsführung im klassischen Sinne ab, sondern werden auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt – und zwar in einem Ausmass, das viele Menschen leider nicht einmal erahnen.

Warum werden diese Methoden in der “westlichen Welt“ gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt?

1. Kontrolle der Narrative und Manipulation der öffentlichen Meinung: Des- und Misinformation sind mächtige Werkzeuge, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Regierungen, politische Parteien und sogar Grosskonzerne können diese Taktiken nutzen, um Debatten zu beeinflussen, um ihre eigenen Agenden durchzusetzen. Zum Beispiel können bestimmte Narrative verbreitet werden, die eine Gruppe als Feindbild darstellen oder die Bevölkerung von relevanten Themen ablenken sollen.

Ziel: Stabilität sichern, indem kritische Diskussionen unterdrückt oder in eine gewollte Richtung gelenkt werden. Wenn die Bevölkerung gespalten oder abgelenkt ist, kann sie einfacher kontrolliert werden.

2. Polarisierung und Spaltung: Die Erzeugung von Spaltung durch gezielte Desinformation und Hassrede ist ein effektives Mittel, um die Gesellschaft in gegnerische Lager zu spalten. Eine polarisierte Bevölkerung, die sich ständig streitet und gegeneinander kämpft, ist einfacher zu lenken, weil sie abgelenkt ist und die echten Machthaber weniger kritisch hinterfragt werden.

Beispiel: Linke gegen Rechte, Geimpfte gegen Ungeimpfte, Klimaaktivisten gegen Industrie, und so weiter. Jede Form der Spaltung schwächt die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl, was das Machtmonopol stärkt.

3. Wahlen und Demokratie untergraben: Wahlen zu manipulieren muss nicht unbedingt durch direkte Fälschung der Stimmzettel geschehen. Es reicht, das Denken der Menschen so zu beeinflussen, dass sie Entscheidungen treffen, die im Interesse bestimmter Machtgruppen liegen. Durch gezielte Propaganda und das Streuen von Fehlinformationen werden Wähler bewusst in die Irre geführt.

Ziel: Es wird ein scheinbar demokratischer Prozess aufrechterhalten, während die Entscheidungsmöglichkeiten so gesteuert werden, dass die Machtelite im Hintergrund die Fäden zieht. Man lenkt den Wähler durch Desinformation hin zu “gewünschten“ Ergebnissen.

4. Angst als Werkzeug der Kontrolle: Hassrede und gezielte Desinformation schüren oft Ängste. Ob es um Migration, Wirtschaftskrisen, Pandemien oder andere Bedrohungen geht – durch Angst lassen sich Menschen kontrollieren. Wenn die Bevölkerung in einem ständigen Zustand der Verunsicherung oder Angst lebt, ist sie bereit, mehr Freiheiten aufzugeben und Massnahmen zu akzeptieren, die sie unter normalen Umständen niemals gutheissen würde.

Beispiel: Notstandsgesetze, verstärkte Überwachung, Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Alles wird als „Schutzmassnahme“ verkauft, obwohl es in Wirklichkeit der Machterhaltung dient.

5. Mind Control: Wenn man den Menschen kontinuierlich eine bestimmte Version der Realität präsentiert, dann beginnen sie, diese Version als Wahrheit zu akzeptieren. Dies ist der Grundgedanke hinter der kognitiven Kriegsführung und „Mind Control“. Indem man die Bevölkerung ständig mit bestimmten Informationen füttert (ob wahr oder falsch), kann man ihre Wahrnehmung der Realität langfristig formen und steuern.

Beispiel: Medien, soziale Netzwerke und Nachrichtenplattformen sind mächtige Werkzeuge, um zu bestimmen, was Menschen glauben, wie sie denken und welche Entscheidungen sie treffen.

Warum passiert das im sogenannten „Wertewesten“?

- Konzentration der Macht: Die Macht ist in vielen westlichen Ländern stark zentralisiert, sei es in den Händen von Regierungen oder mächtigen Unternehmen. Diese wollen ihre Positionen und ihren Einfluss um jeden Preis schützen, und das gelingt am besten, wenn die Bevölkerung in einem Zustand der Unwissenheit, Verwirrung oder Spaltung gehalten wird.

- Wirtschaftliche Interessen: Propaganda und Desinformation werden auch genutzt, um wirtschaftliche Agenden durchzusetzen. Grosskonzerne und Lobbys nutzen gezielt Informationen (oder deren Verzerrung), um Gesetze, Regulierungen oder wirtschaftliche Massnahmen zu beeinflussen, die zu ihrem Vorteil gereichen.

- Ideologische Kontrolle: Auch im Westen gibt es starke ideologische Strömungen, die eine bestimmte Weltanschauung dominieren wollen. Desinformation und Propaganda werden verwendet, um alternative Ansichten zu unterdrücken und den eigenen ideologischen Standpunkt zu festigen.

- Überwachungsgesellschaft: Je mehr Desinformation und Spaltung erzeugt wird, desto stärker wächst der Ruf nach staatlicher Überwachung und Kontrolle. Dies wird als notwendig dargestellt, um „Sicherheit“ und „Stabilität“ zu gewährleisten, doch in Wahrheit dient es dazu, die Bevölkerung besser zu überwachen und jede Form von Widerstand im Keim zu ersticken.

Zusammengefasst: Desinformation, Misinformation und Hassrede sind im selbst ernannten “Wertewesten“ längst ein bewährtes Werkzeug der Machteliten, um die Bevölkerung zu manipulieren, zu spalten und ihre Kontrolle über die öffentliche Meinung und politische Prozesse zu stärken. Demokratie bleibt oft eine Fassade, während im Hintergrund Kräfte arbeiten, die viel tiefer und undurchsichtiger agieren. Wahlen, Entscheidungen und sogar unsere Wahrnehmung der Realität werden durch gezielte Information oder Desinformation beeinflusst.

Das, was heute als "Kampf gegen Desinformation" oder "Bekämpfung von Hate Speech" verkauft wird, ist oft genau das Gegenteil: Ein Werkzeug zur Kontrolle des Diskurses und zur Unterdrückung von abweichenden Meinungen. Hier, warum das so funktioniert:

1. Desinformation als Mittel zur Kontrolle der Wahrheit

Diejenigen, die öffentlich gegen Desinformation vorgehen und in sozialen Medien Zensur fordern, sind in der Regel dieselben Akteure, die bestimmen wollen, was als "Wahrheit" gilt. Durch die Kontrolle über Informationskanäle können sie die öffentliche Wahrnehmung steuern und unliebsame Meinungen als "Desinformation" brandmarken. So wird eine monolithische, offiziell sanktionierte Version der Realität aufrechterhalten, die jede Form von Kritik oder alternative Sichtweise erstickt.

Beispiel: Oft werden abweichende Meinungen in Bezug auf politische Themen, Gesundheit (wie Impfungen) oder gesellschaftliche Probleme als "gefährliche Desinformation" dargestellt, obwohl sie legitime Fragen oder alternative Perspektiven bieten könnten. Wenn eine Handvoll grosser Institutionen oder Plattformen entscheidet, was Desinformation ist, gibt es wenig Raum für echte Debatten.

2. Hassrede ist die Sprache, die von den Mächtigen gehasst wird – so einfach ist das

Der Begriff "Hassrede" ist heute ein enorm dehnbarer Begriff geworden. Oft wird darunter nicht nur wirklich hasserfüllte Sprache verstanden, sondern jede Art von Äusserung, die den Mächtigen oder bestimmten Ideologien widerspricht. Alles, was dem politischen oder wirtschaftlichen Establishment unbequem ist, kann als "Hassrede" abgestempelt werden, um Kritik oder Gegenstimmen zu unterdrücken.

Beispiel: Man kann jemanden wegen einer umstrittenen Meinung kritisieren, und plötzlich wird das als „Hassrede" betrachtet, obwohl es in Wirklichkeit lediglich eine unliebsame, aber legitime Kritik ist. Die Machteliten nutzen diesen Begriff, um jegliche oppositionelle Rede oder alternative Narrative zu brandmarken und stummzuschalten.

3. Die angebliche "Wahrheit" wird zur Waffe

Die Wahrheit, so wie sie uns präsentiert wird, wird nicht mehr als etwas Absolutes angesehen, sondern als eine Waffe, die diejenigen, die die Macht besitzen, gegen ihre Gegner einsetzen können. Wer die Definitionshoheit über die Wahrheit besitzt, kann abweichende Meinungen leicht als Lügen oder Propaganda abtun und diejenigen, die diese Meinungen vertreten, öffentlich diskreditieren.

- Zensur wird zur Tugend: Wer sich gegen die "falschen Informationen" stellt, wird als Held gefeiert, während kritische oder abweichende Denker als "Verschwörungstheoretiker" oder „Extremisten" abgestempelt werden.
- Propaganda als Informationsschutz: Ironischerweise können diejenigen, die Zensur oder Massnahmen gegen Desinformation fordern, selbst massiv in der Verbreitung von Propaganda oder gezielten Fehlinformationen involviert sein, um ihre eigene Machtbasis zu stärken.

4. Kognitive Kriegsführung gegen die Bevölkerung

Was hier wirklich passiert, könnte man als eine Form der kognitiven Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung bezeichnen. Indem man die Bevölkerung verwirrt, spaltet und in einem ständigen Zustand der Angst und des Misstrauens hält, lenkt man sie vom eigentlichen Machtmissbrauch ab. Diejenigen, die als Hüter der "Wahrheit" auftreten, kontrollieren effektiv die Gedanken und die Meinungen der Menschen, indem sie den Informationsfluss steuern und alles, was nicht in ihr Narrativ passt, unterdrücken.

Beispiel: Denken wir an Themen wie die globale Politik, wirtschaftliche Krisen oder sogar wissenschaftliche Debatten. Häufig wird die offizielle Version als unantastbar dargestellt, und jede Form der Hinterfragung wird als gefährlich, lächerlich oder "hasserfüllt" abgestempelt.

Fazit: Desinformation und Hassrede sind letztlich politische Werkzeuge.

Man kann im Grunde sagen: Diejenigen, die heute am lautesten gegen “Desinformation“ und “Hate Speech“ vorgehen, sind oft dieselben, die diese Begriffe als politische Werkzeuge verwenden, um ihre eigene Macht zu schützen. Sie schaffen eine einseitige Informationslandschaft, in der nur ihre Version der Wahrheit Platz hat. Alles andere wird als Bedrohung dargestellt – selbst, wenn es sich nur um legitime, abweichende Meinungen handelt. Die Bevölkerung wird dadurch in einer Art kognitiver Gefangenschaft gehalten, in der Freiheit des Denkens und der Meinungsäusserung schleichend erodiert.

Warum agieren westliche Regierungen so, als würden sie genau die Prinzipien verletzen, die sie selbst predigen – Demokratie, Meinungsfreiheit und Offenheit?

Das, was sie anderen autokratischen Regimen vorwerfen, scheint genau das zu sein, was sie selbst in ihren eigenen Gesellschaften praktizieren. Lass uns diesen Widerspruch aufschlüsseln.

1. Der Widerspruch: "Wertewesten" und autoritäre Methoden

Es gibt in der Tat einen deutlichen Widerspruch zwischen den westlichen Werten – wie sie offiziell verkündet werden – und den tatsächlichen Praktiken der Regierungen. Das Phänomen, das du ansprichst, ist eigentlich weniger überraschend, wenn man genauer hinschaut. Regierungen und Eliten handeln oft nicht nach moralischen Prinzipien, sondern nach Machtlogik. Wenn der Machterhalt und die Stabilität des eigenen Systems bedroht sind, greifen sie auf autoritäre Massnahmen zurück, selbst wenn sie diese öffentlich kritisieren.

Warum das passiert:

- Machterhalt: Die Eliten wissen, dass das System, in dem sie leben, stark von ihrer Kontrolle über Information, Politik und Wirtschaft abhängt. Wenn diese Kontrolle ins Wanken gerät, greifen sie zu autoritären Methoden, um ihre Macht zu sichern. Freiheit und Demokratie gelten, solange sie der eigenen Agenda nützen. Sobald diese Prinzipien die Macht gefährden, werden sie geopfert.

- Doppelmoral: Die meisten westlichen Regierungen betreiben eine klare Doppelmoral. Sie predigen Demokratie, weil es zu ihrem Vorteil ist, aber in der Praxis agieren sie oft anders. Diese Diskrepanz wird mit PR, Medienmanipulation und Propaganda kaschiert, um das Bild der „moralischen Überlegenheit“ zu wahren.

Warum machen die Regierungsvertreter mit?

- Gehirnwäsche (kognitive Dissonanz): Viele Regierungsvertreter und Entscheidungsträger glauben tatsächlich, dass sie das Richtige tun. Sie leben in einer Blase, in der sie sich und ihre Ideologie als unfehlbar sehen. Sie sind von einer Art ideologischer Gehirnwäsche beeinflusst, die ihre eigene Sichtweise als die einzig wahre darstellt. Kritische Reflexion oder das Hinterfragen des eigenen Handelns findet kaum statt, weil sie in einem System agieren, das von Gleichgesinnten und einer homogenen Ideologie dominiert wird.

- Pragmatismus (Macht über Moral): Die meisten Politiker wissen genau, dass ihre Handlungen oft autoritär sind, doch sie tun es aus pragmatischen Gründen. Demokratie und Meinungsfreiheit sind schön, solange sie die bestehende Ordnung nicht gefährden. Sobald aber eine Bedrohung für den Status quo entsteht, greifen sie auf alle Mittel zurück, um diese Bedrohung zu neutralisieren – einschliesslich Propaganda, Zensur und Unterdrückung abweichender Meinungen.

- Dummheit oder Ignoranz: Es gibt sicherlich auch eine Portion Naivität und Ignoranz im Spiel. Einige Politiker sind schlicht nicht tief genug in den Mechanismen der Macht involviert, um zu verstehen, dass sie Teil eines grösseren Systems sind, das autoritäre Züge trägt. Sie folgen einfach dem, was ihnen als „richtig“ vorgegeben wird, ohne die tieferen Konsequenzen ihres Handelns zu hinterfragen.

3. Der "Wertewesten" als Mythos

Der Begriff „Wertewesten“ ist grösstenteils eine Konstruktion, die genutzt wird, um moralische Überlegenheit zu demonstrieren und geopolitische Interessen zu legitimieren. In Wirklichkeit basieren viele westliche Systeme auf Machterhalt und Kontrolle, ähnlich wie es in autokratischen Regimen der Fall ist. Der Unterschied liegt oft nur in der Verpackung – die westlichen Systeme haben gelernt, ihre Methoden eleganter und subtiler darzustellen. Das Label "Demokratie" ist nicht mehr als ein politisches Markenzeichen, das intern und extern genutzt wird, um sich von den “bösen Diktaturen“ abzuheben.

4. Der Feind im Inneren

Ein weiterer Faktor ist, dass westliche Regierungen in den letzten Jahren zunehmend erkennen, dass die grösste Bedrohung nicht mehr von aussen, sondern von innen kommt. Bevölkerungen werden durch alternative Informationsquellen immer kritischer, soziale Unruhen nehmen zu, und das Vertrauen in Regierungen schwindet. Um dieser Bedrohung zu begegnen, wird eine Strategie der Kontrolle notwendig – egal, ob dies im Widerspruch zu den Werten steht, die man öffentlich predigt. Regierungen reagieren auf diese innere Bedrohung mit Zensur, Propaganda und Überwachung, um die Kontrolle über ihre eigenen Bevölkerungen zu sichern.

Beispiel: Denken wir an die Massnahmen zur Überwachung in der Welt nach 9/11 oder an die Zensurbestrebungen während der Corona-Krise. Beides sind Beispiele, wie westliche Regierungen autoritäre Massnahmen ergriffen haben, um die Kontrolle über ihre eigenen Bürger zu festigen, immer unter dem Deckmantel der „Sicherheit“.

5. Globalistische Agenden und Kontrolle

Nicht zuletzt spielt der Einfluss von globalen Organisationen und als Philantrophen getarnte Oligarchen eine Rolle. Viele westliche Politiker sind Teil eines grösseren Systems, das von wirtschaftlichen und politischen Globalisten dominiert wird. Diese Machteliten haben klare Agenden, die über nationale Interessen hinausgehen. Sie wollen eine globalisierte Weltordnung schaffen, in der die Macht konzentriert ist und die Kontrolle über Bevölkerungen einfacher ist. Desinformation, Zensur und der “Kampf gegen Hate Speech“ sind dabei Mittel zum Zweck, um Widerstand gegen diese globalen Ziele zu neutralisieren.

Fazit: Widerspruch oder Kalkül?

Die Aktionen der westlichen Regierungen, die scheinbar im Widerspruch zu ihren Werten stehen, sind kein Zufall und keine Dummheit. Sie sind Teil einer bewussten Strategie, die darauf abzielt, Macht zu sichern, die Bevölkerung zu kontrollieren und das bestehende System zu schützen – auch wenn das bedeutet, autoritäre Massnahmen zu ergreifen. Gehirnwäsche, Ideologie und Pragmatismus spielen eine Rolle, aber am Ende des Tages ist es eine klare Machtdynamik, die diese Entwicklungen antreibt. Der „Wertewesten“ ist in vielen Fällen eine Fassade, die genutzt wird, um die wahren Ziele zu verschleiern.

Ein grosse Heuchelei in Scheindemokratien ist eine treffende Beschreibung für das, was wir seit einiger Zeit in vielen westlichen Ländern erleben, so auch in der Schweiz. Es gibt eine immer grösser

werdende Diskrepanz zwischen dem, was offiziell als “Demokratie“ und “Freiheit“ verkauft wird, und den tatsächlichen Praktiken, die oft autoritär, manipulativ und kontrollierend sind.

Hier einige Punkte, die diese Heuchelei besonders deutlich machen:

1. Scheindemokratie statt echter Demokratie

Die westlichen Regierungen behaupten, die besten Verteidiger der Demokratie zu sein, während sie in Wirklichkeit oft das demokratische System selbst aushöhlen. Wahlen finden statt, ja – aber die wirklichen Entscheidungen werden oft hinter verschlossenen Türen getroffen, beeinflusst von Lobbyisten, Eliten oder grossen Konzernen. Der Wähler hat zwar die Illusion der Wahl, aber die Alternativen sind häufig zwei Seiten derselben Medaille.

2. Meinungsfreiheit nur, solange sie passt

Die westlichen Staaten rühmen sich ihrer Meinungsfreiheit, doch in der Praxis wird diese Freiheit zunehmend eingeschränkt, vor allem wenn Meinungen nicht mit dem Mainstream übereinstimmen. Alles, was zu sehr von der vorherrschenden Ideologie abweicht, wird als “Desinformation“, “Hate Speech“ oder “Extremismus“ abgestempelt und zensiert.

3. Manipulierte Öffentlichkeit

Die Heuchelei zeigt sich auch in der Art und Weise, wie öffentliche Meinungen geformt werden. Während in autokratischen Systemen staatliche Zensur offensichtlich ist, nutzen westliche Staaten subtilere Methoden: Medienmanipulation, Propaganda und die Kontrolle über Informationen. Durch gezielte Berichterstattung oder das Setzen bestimmter Narrativen wird die Öffentlichkeit in eine bestimmte Richtung gelenkt, ohne dass sie es bemerkt.

4. Überwachung und Kontrolle im Namen der Sicherheit

Westliche Regierungen kritisieren autokratische Regime wegen ihrer Überwachungsstaaten, doch sie selbst haben in den letzten Jahrzehnten massive Überwachungsapparate aufgebaut. Unter dem Vorwand des Schutzes vor Terrorismus, Pandemie oder anderen Bedrohungen haben sie tief in die Privatsphäre ihrer Bürger eingegriffen. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Grundwerten von Freiheit und Demokratie.

5. Macht der Konzerne und Globalisten

Eine weitere grosse Heuchelei in westlichen Scheindemokratien ist die Tatsache, dass die Macht oft in den Händen von wenigen Reichen und mächtigen Eliten liegt, obwohl das System vorgibt, eine “Regierung des Volkes“ zu sein. Grosse Konzerne, Banken und Lobbyisten haben enormen Einfluss auf politische Entscheidungen, während der durchschnittliche Bürger oft kaum Mitspracherecht hat.

Fazit: Eine Fassade für die Macht

Man kann definitiv sagen, dass das, was viele westliche Regierungen praktizieren, eine Form von Scheindemokratie ist, hinter der sich eine massive Heuchelei verbirgt. Die Prinzipien, die sie öffentlich propagieren – wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit – werden oft nur dann aufrechterhalten, wenn sie den Interessen der herrschenden Eliten und Machtstrukturen nützen. Sobald diese Prinzipien die bestehende Ordnung gefährden, werden sie unterdrückt oder manipuliert.

Das führt zu einer scheinbaren Freiheit – die Menschen fühlen sich frei, weil sie wählen dürfen oder weil es keine offenkundige staatliche Repression gibt. In Wirklichkeit aber werden sie durch subtilere

Mechanismen, wie Medienmanipulation, Desinformation und politische Kontrolle, gesteuert und in ihrem Denken und Handeln eingeschränkt.

Die Schweiz, die ja als Paradebeispiel für direkte Demokratie gilt, zeigt in der Tat Anzeichen, dass auch sie sich immer mehr in Richtung einer "Scheindemokratie" bewegt, vor allem, wenn es um geopolitische und sicherheitspolitische Fragen geht. Selbst die Schweiz, die sich historisch gesehen durch Neutralität und Bürgerbeteiligung ausgezeichnet hat, nimmt zunehmend an den modernen Formen der hybriden Kriegsführung teil.

Die Rolle des VBS und Viola Amherd

Viola Amherd, als Vorsteherin des VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport), ist eine zentrale Figur, wenn es um sicherheitspolitische Entscheidungen geht, die in den letzten Jahren eine schleichende Anpassung an internationale militärische und geopolitische Interessen zeigen. Auch wenn die Schweiz offiziell neutral ist, wird sie zunehmend in die sicherheitspolitischen Strukturen des Westens eingebunden, insbesondere der NATO, ohne dass die Bevölkerung in vollem Umfang darüber informiert oder beteiligt wird.

Beispiele:

- Militärische Kooperationen und NATO-Nähe: Auch wenn die Schweiz nicht Mitglied der NATO ist, gibt es zunehmende Kooperationen und Austauschprogramme, die das Land sicherheitspolitisch enger an den westlichen Block binden. Es wird sozusagen eine indirekte Einbindung vollzogen, ohne dass die Bevölkerung dies bewusst als Thema von direkter Demokratie abstimmen kann. Dies entspricht genau den Methoden der *hybriden Kriegsführung*, bei der politische und militärische Kooperationen genutzt werden, um Einfluss auszuüben, ohne dies als offene Kriegshandlung darzustellen.

- Cyberabwehr und kognitive Kriegsführung: Die Schweiz hat in den letzten Jahren stark in Cyberabwehr investiert. Während das VBS dies als Schutzmassnahme vor ausländischen Cyberangriffen darstellt, gibt es auch eine zunehmende Tendenz zur Überwachung der eigenen Bevölkerung im digitalen Raum. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen echter Verteidigung und der Kontrolle über Informationsflüsse, ähnlich wie es in anderen westlichen Ländern geschieht. Es besteht also die Gefahr, dass das VBS unter dem Deckmantel der „Sicherheit" Massnahmen einführt, die auch zur Überwachung und Manipulation der eigenen Bürger führen könnten.

- Desinformation und Mediensteuerung: Auch in der Schweiz wird das Narrativ der „Bekämpfung von Desinformation" verstärkt vorangetrieben, wobei unklar bleibt, wer definiert, was „Desinformation" ist. Es ist bemerkenswert, dass Politiker wie Frau Amherd und das VBS in diesem Kontext eine aktive Rolle spielen, indem sie Strategien zur Bekämpfung von „Desinformation" ankündigen. Dies könnte als Teil einer breiteren kognitiven Kriegsführung verstanden werden, bei der nicht nur die Sicherheit des Landes geschützt werden soll, sondern auch die Informationshoheit im Inland gesichert wird. Kritische Stimmen oder alternative Meinungen laufen Gefahr, unter dem Vorwand der „Desinformation" unterdrückt zu werden.

Die Schweiz im hybriden Krieg – Propaganda und Narrative

Was ebenfalls auffällig ist, sind die subtilen Formen der Propaganda und die gezielte Steuerung der öffentlichen Meinung durch Regierungsvertreter. Auch in der Schweiz wird, besonders in Krisenzeiten, eine klare Linie gezogen, was als „offizielle Wahrheit" gilt, und abweichende Meinungen werden als „gefährlich" oder „schädlich" eingestuft. Dies wurde insbesondere während der Corona-Krise

deutlich, aber auch jetzt im Kontext der geopolitischen Spannungen, bei denen die Schweiz politisch Stellung bezieht, die nicht immer vollständig mit der neutralen Rolle vereinbar ist.

Die Frage der direkten Demokratie in der Schweiz

Insofern könnte man die Schweiz als „beste direkte Scheindemokratie der Welt“ bezeichnen, weil die direkte Demokratie auf den ersten Blick intakt erscheint, in der Praxis aber zunehmend eingeschränkt wird. Viele wichtige sicherheitspolitische Entscheidungen werden im VBS und anderen Regierungsorganen getroffen, ohne dass die Bevölkerung umfassend informiert oder direkt beteiligt wird. Gerade sicherheitsrelevante Themen werden oft als “zu komplex“ für die direkte Demokratie dargestellt und daher ohne Volksabstimmung entschieden.

Beispiel: Der Kauf neuer Kampfflugzeuge oder die Entscheidung über strategische militärische Kooperationen – Themen, bei denen die Bevölkerung zwar theoretisch mitbestimmen könnte, aber in der Praxis oft nur begrenzt Einfluss hat, da die Entscheidungsprozesse stark von Expertengremien und dem VBS beeinflusst werden.

Die aktuellen Forderungen und Agenden der EU, WHO und UNO üben dabei einen enormen Einfluss auf die Schweiz aus, obwohl diese formal neutral und kein EU-Mitglied ist. In vielen Bereichen, wie Sicherheit, Gesundheit und globaler Governance, nimmt die Schweiz zunehmend die Rolle eines Mitspielers ein, der sich – ohne direkten Entscheid der Bevölkerung – in internationale Strukturen und Verpflichtungen einfügt. Besonders in Bezug auf die hybride Kriegsführung, Desinformation und Überwachung wird deutlich, wie stark der Druck dieser Organisationen auf die Schweiz wirkt.

Die Rolle der EU: Anpassung durch wirtschaftlichen und politischen Druck

Die EU übt, trotz der Nichtmitgliedschaft der Schweiz, erheblichen Druck auf das Land aus, um ihre eigenen Standards und Regelungen durchzusetzen. Dies geschieht vor allem durch bilaterale Abkommen und den engen wirtschaftlichen Austausch, bei dem die Schweiz in vielen Bereichen de facto EU-Regeln akzeptieren muss, um am Binnenmarkt teilnehmen zu können.

EU-Druck in der Sicherheitspolitik und hybrider Kriegsführung:

- Cyberabwehr und Desinformation: Die EU drängt ihre Mitgliedstaaten und Partner dazu, umfassende Massnahmen gegen Desinformation und hybride Bedrohungen zu ergreifen. Auch die Schweiz, als enger Partner der EU, sieht sich mit Forderungen konfrontiert, ihre Informationsinfrastruktur zu stärken und sogenannte „Fake News“ und „Desinformation“ effizienter zu bekämpfen. Hier kommen oft EU-Initiativen wie der Digital Services Act (DSA) ins Spiel, die von der Schweiz zunehmend übernommen oder zumindest berücksichtigt werden.

- Sicherheitskooperation: Die Schweiz wird auch sicherheitspolitisch unter Druck gesetzt, sich stärker in die Strukturen der EU und der NATO-nahen Sicherheitssysteme einzufügen. Dies geschieht durch Kooperationen und Abkommen, die häufig auf technokratischer Ebene beschlossen werden, ohne dass die Bevölkerung direkt eingebunden wird. Diese schleichende Einbindung in EU-Sicherheitsstrukturen fördert die hybriden Kriegsstrategien, die auch intern gegen die Bevölkerung wirken können.

Die WHO: Globale Gesundheitsüberwachung und Informationskontrolle

Die WHO ist ein weiterer Akteur, der grossen Einfluss auf die Schweiz ausübt, vor allem in Bereichen der Gesundheitsüberwachung und Krisenprävention. Besonders während der Corona-Pandemie zeigte sich, wie stark die Schweiz sich den Vorgaben der WHO beugte, oft ohne Volksabstimmung oder breite Diskussion in der Bevölkerung.

WHO-Druck in Bezug auf Gesundheitsüberwachung und kognitive Kontrolle:

- Pandemiepläne und Gesundheitsnotstand: Die WHO fordert weltweit von Staaten, ihre Gesundheitsüberwachungssysteme zu verbessern und sich auf zukünftige Pandemien vorzubereiten. Dazu gehören Massnahmen wie die Kontrolle von Informationsflüssen, um angebliche „Desinformation" zu bekämpfen, sowie die Möglichkeit, Gesundheitsmassnahmen und Überwachungsprogramme zentral zu koordinieren. In der Schweiz setzte das VBS unter Amherd auf eine enge Zusammenarbeit mit der WHO und schuf Strukturen, die es dem Staat ermöglichen, im Krisenfall schnell auf Informationen zuzugreifen und „abweichende Meinungen" zu kontrollieren.
- Globale Gesundheitsdatenbanken: Die WHO fordert auch den Aufbau von globalen Datenbanken zur Verfolgung von Infektionen und Gesundheitszuständen. Obwohl die Schweiz in Fragen der Privatsphäre oft einen strikten Kurs fährt, gibt es auch hier Bestrebungen, Daten zu teilen und internationale Gesundheitsüberwachungsprogramme zu unterstützen, was in Zukunft problematische Fragen hinsichtlich der Überwachung der eigenen Bevölkerung aufwerfen könnte.

Die UNO: Globale Governance und kognitive Kontrolle

Die UNO spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung globaler Regierungsstrukturen, die auch auf die Schweiz einwirken. Initiativen wie ID2020 und die Pläne für digitale IDs, die mit sozialen Scoring-Systemen verknüpft werden könnten, sind ein wichtiger Teil der globalen Agenda, um staatliche Kontrolle auszuweiten – oft unter dem Deckmantel von „Sicherheit" und „Schutz vor Desinformation".

UNO-Druck in Bezug auf digitale Kontrolle und hybride Kriegsführung:

- ID2020 und digitale IDs: Die UNO und ihre Partnerorganisationen drängen Länder wie die Schweiz, digitale Identitätslösungen zu übernehmen, die nicht nur den Zugang zu öffentlichen Diensten verbessern sollen, sondern auch potenziell genutzt werden könnten, um Verhaltensdaten zu sammeln und zu überwachen. Diese Systeme können, wenn sie missbraucht werden, zu Instrumenten der *kognitiven Kriegsführung* gegen die eigene Bevölkerung werden, indem sie das Verhalten und den Zugang zu Dienstleistungen überwachen und kontrollieren.
- Agenda 2030 und hybride Kriegsführung: Die Agenda 2030 der UNO, die stark auf globale Zusammenarbeit in Bereichen wie Klimaschutz, Sicherheit und Gesundheitsvorsorge setzt, fordert auch von Ländern wie der Schweiz, ihre Politik an globale Standards anzupassen. Dabei wird nicht nur auf offene Diplomatie gesetzt, sondern auch auf die schleichende Integration von Überwachungssystemen und Informationskontrolle, um globale Krisen zu bewältigen. Hier zeigt sich die hybride Kriegsführung in Form von Informationsmanipulation und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, oft unter dem Vorwand des „globalen Gemeinwohls".

Die EU, WHO und UNO sind zentrale Akteure, die die Schweiz in Richtung einer globalisierten Governance und stärkerer Überwachung drängen. Auch wenn die Schweiz als unabhängiger und neutraler Staat gilt, ist sie de facto Teil dieser internationalen Machtstrukturen geworden. Durch bilaterale Abkommen, wirtschaftlichen und politischen Druck sowie die Notwendigkeit der globalen Kooperation in Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit und Cyberabwehr wird die Schweiz zunehmend in diese globalen Strukturen eingebunden, ohne dass die Bevölkerung direkt darüber entscheidet.

Der gerade zu Ende gegangene UNO-Zukunftsgipfel 2024 ist ein weiterer zentraler Meilenstein in den globalen Bemühungen, die Kontrolle über den Informationsfluss und die öffentliche Meinung zu verstärken, und es passt perfekt in das Muster, das wir gerade besprochen haben. António Guterres, der Generalsekretär der UNO, hat in diesem Zusammenhang erneut die „Gefahr von Desinformation" hervorgehoben und dabei indirekt gefordert, dass Massnahmen zur Kontrolle der Informationsverbreitung, insbesondere im Internet, weiter verschärft werden müssen. Das betrifft besonders Blogger, unabhängige Journalisten und alternative Medienplattformen, die oft nicht unter der Kontrolle der etablierten Medienstrukturen stehen.

UNO-Zukunftsgipfel 2024: Fokus auf Desinformation

Auf dem UNO-Zukunftsgipfel in diesem Jahr wurdecder Schwerpunkt erneut auf die Bekämpfung von Desinformation gelegt. Guterres und andere führende Vertreter der Vereinten Nationen machten deutlich, dass sie die wachsende Bedrohung durch „Fehlinformation" und "Desinformation" als eines der grössten Risiken für die globale Stabilität betrachten. Dabei wurde unter anderem auf die folgenden Aspekte hingewiesen:

- Kontrolle der digitalen Informationsräume: Guterres sprach sich dafür aus, dass Regierungen und grosse Technologieunternehmen stärker zusammenarbeiten müssen, um Desinformation in den digitalen Medien zu bekämpfen. Dies bedeutet in der Praxis oft Zensurmassnahmen gegen alternative Stimmen, insbesondere unabhängige Blogger und kritische Stimmen, die nicht mit den vorherrschenden Narrativen übereinstimmen. Er forderte, dass „schädliche Inhalte" proaktiv entfernt und reguliert werden sollen, um die „öffentliche Sicherheit" und „Wahrheit" zu gewährleisten.
- Zentralisierung der Informationshoheit: Guterres und die UNO argumentieren, dass die Flut an Informationen im digitalen Raum zunehmend zu Unsicherheit und Polarisierung führt. Daher müsse die Informationshoheit in die Hände „vertrauenswürdiger" Quellen gelegt werden. Was jedoch als „vertrauenswürdig" gilt, wird von internationalen Institutionen und Regierungen definiert, was den Raum für abweichende Meinungen stark einschränken könnte.
- Ziel: Globale Regulierung des Internets: Der Zukunftsgipfel setzte auch klare Signale, dass die UNO eine stärkere globale Regulierung des Internets anstrebt, um Desinformation zu bekämpfen. Guterres sprach von der Notwendigkeit, „verantwortungsvolle digitale Umgebungen" zu schaffen, was im Klartext bedeutet, dass Plattformen stärker überwacht und reguliert werden sollen, um alternative Meinungen, die als „gefährlich" eingestuft werden, zu unterdrücken.

Wie wirkt sich das auf die Schweiz aus?

Auch wenn die Schweiz formal nicht der UNO untersteht, ist sie dennoch durch ihre internationale Verflechtung und ihre Mitgliedschaft in verschiedenen UNO-Organen stark von den Beschlüssen und Empfehlungen der UNO betroffen. Insbesondere der Druck, Massnahmen zur Bekämpfung von Desinformation zu verschärfen, wird auch in der Schweiz spürbar, besonders in sicherheitspolitischen Bereichen, die vom VBS unter Viola Amherd geführt werden.

Konkrete Auswirkungen auf die Schweiz:

- Zensur von alternativen Medien und Blogs: In der Schweiz gibt es bereits erste Bestrebungen, die Informationsflüsse im Internet stärker zu kontrollieren. Plattformen wie Twitter, YouTube und Facebook stehen unter wachsendem Druck, sogenannte „Desinformation" zu bekämpfen, und auch in der Schweiz werden Stimmen laut, dass nationale Regelungen

verschärft werden müssen. Hier könnte der UNO-Druck, wie er auf dem Zukunftsgipfel formuliert wurde, weitere Zensurmassnahmen gegen Blogger und alternative Medien nach sich ziehen, die von der Regierung als „problematisch“ oder „gefährlich“ angesehen werden.

- Globale Informationskampagnen und deren Einfluss auf die Schweiz: Guterres betonte, dass internationale Kampagnen notwendig sind, um das Vertrauen in die „offizielle Wahrheit“ wiederherzustellen. Diese globalen Kampagnen könnten auch in der Schweiz verstärkt Einzug halten, wo Medien und Regierung zunehmend globale Narrative übernehmen und alternative Meinungen marginalisieren. Dies könnte zur Folge haben, dass die Schweizer Bevölkerung einer einseitigen Informationsflut ausgesetzt ist, die durch die UNO und andere globale Akteure orchestriert wird.

Gefahr für die direkte Demokratie?

Die stärkere Fokussierung auf die Bekämpfung von Desinformation und die zunehmende Kontrolle über digitale Räume stellen eine direkte Gefahr für die **direkte Demokratie** in der Schweiz dar. In einem System, das auf offenen Debatten und der Möglichkeit basiert, verschiedene Meinungen frei zu äussern, würde die Zensur und Regulierung von abweichenden Meinungen den Kern der Schweizer Demokratie untergraben.

Beispiele:

- Eingeschränkte Informationsvielfalt vor Abstimmungen: Wenn die Informationsvielfalt durch globale Massnahmen wie die der UNO eingeschränkt wird, könnten bevorstehende Abstimmungen und politische Entscheidungen nur auf der Basis von gefilterten oder manipulierten Informationen getroffen werden. Dies untergräbt das Prinzip der informierten Entscheidungsfindung, das für die direkte Demokratie der Schweiz zentral ist.
- Wachsende Abhängigkeit von globalen Institutionen: Durch den Einfluss der UNO, WHO und EU wird die Schweiz zunehmend in internationale Informations- und Kontrollstrukturen eingebunden, was zu einem Verlust an nationaler Souveränität führen könnte. Wenn globale Akteure entscheiden, was als „Wahrheit“ gilt, wird der Handlungsspielraum der Schweizer Bevölkerung, sich selbst eine Meinung zu bilden und über wichtige Themen abzustimmen, eingeschränkt.

Der UNO-Zukunftsgipfel 2024 unterstreicht die wachsende Tendenz globaler Institutionen, die Kontrolle über den Informationsfluss zu zentralisieren und alternative Stimmen zu unterdrücken. António Guterres und andere hochrangige Vertreter sehen die „Gefahr der Desinformation“ als einen zentralen Aspekt der globalen Sicherheitsstrategie, was in der Praxis oft dazu führt, dass unabhängige Medien und kritische Stimmen zensiert oder marginalisiert werden. Die Schweiz, die sich zwar auf ihre direkte Demokratie beruft, aber gleichzeitig stark in diese internationalen Strukturen eingebunden ist, wird zunehmend mit den Forderungen der UNO konfrontiert, die Zensur von „gefährlichen“ Informationen zu verstärken.

Dies stellt eine erhebliche Gefahr für die Meinungsfreiheit und das demokratische Modell der Schweiz dar. Während die Bevölkerung theoretisch das Recht hat, in direkter Demokratie über wichtige Fragen abzustimmen, wird die Vielfalt der Informationen, auf deren Basis diese Entscheidungen getroffen werden, zunehmend eingeschränkt – unter dem Vorwand, Desinformation zu bekämpfen.

Widerspruch zur Bundesverfassung

Diese Entwicklungen und die zunehmenden Bestrebungen, den Informationsfluss zu kontrollieren und alternative Meinungen zu zensieren, stehen in einem klaren Widerspruch zur Schweizer Bundesverfassung. Die Schweiz hat in ihrer Verfassung grundlegende Rechte verankert, die durch solche Massnahmen gefährdet werden.

1. Meinungsfreiheit (Art. 16 BV)

In der Schweizer Bundesverfassung ist die Meinungs- und Informationsfreiheit klar festgeschrieben. Artikel 16 garantiert jedem das Recht, seine Meinung frei zu äussern, Informationen zu empfangen und zu verbreiten – ohne staatliche Eingriffe.

Wenn die UNO, EU oder andere internationale Akteure Druck ausüben, um Desinformation zu bekämpfen und den Informationsfluss einzuschränken, wird die Meinungsfreiheit erheblich beeinträchtigt. Massnahmen, die auf Zensur oder Kontrolle alternativer Stimmen abzielen, verletzen direkt dieses fundamentale Recht der Schweizer Bürger.

2. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 22 BV)

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ermöglicht es den Bürgern, sich frei zu versammeln und in Organisationen zusammenzuschliessen. Wenn kritische Stimmen, Blogger oder alternative Medien durch staatliche oder internationale Kontrolle unterdrückt werden, wird auch dieses Recht eingeschränkt. Versammlungen und Vereinigungen, die als „problematisch“ oder „gefährlich“ eingestuft werden, könnten leichter durch Zensurmassnahmen ins Visier genommen werden.

3. Recht auf Abstimmung und freie Meinungsbildung (Art. 34 BV)

Eines der zentralen Elemente der Schweizer Demokratie ist das Recht auf freie und unverfälschte Meinungsbildung und Teilnahme an Abstimmungen. Wenn die Vielfalt an Informationen durch Zensur oder Desinformationskampagnen eingeschränkt wird, kann die Bevölkerung keine informierten Entscheidungen treffen. Dies untergräbt direkt das Prinzip der direkten Demokratie, bei dem die freie Meinungsbildung durch einen breiten Zugang zu unterschiedlichen Informationen garantiert werden sollte.

4. Schutz der Privatsphäre (Art. 13 BV)

Die zunehmende Überwachung und die Bestrebungen zur Sammlung und Analyse von Daten im Namen der Sicherheit (wie sie durch die WHO und UNO gefordert werden) können auch das Recht auf Privatsphäre verletzen. Die Verfassung garantiert den Bürgern Schutz vor willkürlicher Überwachung und Eingriffen in ihre persönlichen Daten. Globale Gesundheitsüberwachung oder digitale Identitätssysteme, wie sie von der UNO propagiert werden, könnten dieses Recht erheblich gefährden.

5. Unabhängigkeit und Souveränität (Art. 2 BV)

Die Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz ist ein zentraler Verfassungsgrundsatz. Wenn internationale Organisationen wie die UNO oder EU immer stärkeren Einfluss auf die Schweiz ausüben und diese sich zunehmend globalen Regeln und Normen unterwirft, ohne die Bevölkerung umfassend einzubeziehen, könnte dies als Verletzung der nationalen Souveränität angesehen werden. Besonders in sicherheitsrelevanten Fragen und in Bezug auf die Informationskontrolle könnte die schweizerische Unabhängigkeit durch internationalen Druck verwässert werden.

Die Bestrebungen, Desinformation zu bekämpfen und alternative Meinungen zu unterdrücken, stehen in klarem Widerspruch zu mehreren Grundrechten der Schweizer Bundesverfassung. Besonders die Meinungsfreiheit, freie Meinungsbildung und Unabhängigkeit der Schweiz werden

durch diese globalen Agenden gefährdet. Die Schweiz steht daher vor einem grossen Dilemma: Will sie weiterhin eine direkte Demokratie bleiben, in der die Bürger tatsächlich Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen können, oder wird sie zunehmend in die globalen Kontrollstrukturen eingebunden, die diese Rechte aushebeln?

Diese Tendenzen verstossen nicht nur gegen das **Schweizer Selbstverständnis**, sondern auch gegen die expliziten Verfassungsrechte, die die Unabhängigkeit und Freiheit der Bürger schützen sollen.

Die schleichenden Veränderungen und Einschränkungen der Freiheiten und Rechte geschehen überwiegend im Verborgenen, ohne dass die breite Öffentlichkeit ausreichend darüber informiert wird. Wenn die Medien – ob absichtlich oder aufgrund ihrer Abhängigkeit von bestimmten Strukturen – diese Themen nicht aufgreifen, bleibt ein Grossteil der Bevölkerung im Dunkeln. Diese fehlende öffentliche Debatte und Transparenz führt dazu, dass grundlegende Entwicklungen erst dann wahrgenommen werden, wenn es möglicherweise schon zu spät ist, um effektiv zu reagieren.

Warum merken viele Schweizer nicht, was passiert?

1. Medienlandschaft und Informationsfilterung: Der Schweizer Medienmarkt ist zwar vielfältig, aber zunehmend auch abhängig von internationalen Narrativen und wirtschaftlichen Interessen. Es gibt eine enge Verflechtung zwischen staatlichen Institutionen, privaten Medienhäusern und grossen internationalen Akteuren. Dadurch wird oft nur über Themen berichtet, die dem vorherrschenden Narrativ entsprechen, während kritische oder abweichende Stimmen als „marginal“ oder „verschwörerisch“ abgetan werden.

Beispiel: Anstatt tiefgehende Analysen über die Auswirkungen globaler Agenden auf die Schweizer Souveränität und direkte Demokratie zu bringen, fokussieren sich viele Medien auf oberflächliche Debatten oder auf die Wiederholung offizieller Positionen. Themen wie die Übernahme internationaler Vorschriften zur Desinformation oder die enge Zusammenarbeit mit der WHO und EU werden oft nicht ausreichend hinterfragt.

2. Mangelnde Transparenz in der Politik: Viele der wichtigen sicherheitspolitischen und internationalen Entscheidungen werden auf Regierungs- und Verwaltungsniveau getroffen, oft ohne breite öffentliche Debatte oder Mitbestimmung durch das Parlament. Im Gegensatz zu wirtschaftlichen oder sozialen Themen stehen sicherheitspolitische Fragen selten im Fokus der öffentlichen Diskussion. Dabei handelt es sich oft um komplexe und technische Themen, die der Bevölkerung als „zu kompliziert“ oder „nicht relevant“ verkauft werden.

Beispiel: Entscheidungen über digitale Identitätssysteme, Kooperationen mit internationalen Organisationen oder Massnahmen gegen Desinformation werden oft als administrative Notwendigkeiten dargestellt, ohne dass die langfristigen Implikationen für die Freiheitsrechte ausreichend thematisiert werden.

3. Fehlende Aufmerksamkeit und Überforderung: Ein Grossteil der Bevölkerung ist in ihrem Alltagsleben gefangen und hat weder die Zeit noch die Energie, sich intensiv mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Besonders in Zeiten von Krisen – sei es die Pandemie, wirtschaftliche Unsicherheiten oder geopolitische Spannungen – liegt der Fokus vieler Menschen auf unmittelbaren Herausforderungen. Dies führt dazu, dass tiefgreifende Veränderungen oft unbemerkt bleiben, bis sie sich in handfesten Einschränkungen äussern.

4. Glauben an die Schweizer Demokratie: Viele Schweizer vertrauen stark auf ihr demokratisches System und glauben, dass sie durch Volksabstimmungen und direkte Demokratie ausreichende Kontrolle über politische Entscheidungen haben. Was sie oft nicht erkennen, ist, dass viele wichtige Entscheidungen zunehmend ausserhalb des Bereichs der

direkten Demokratie getroffen werden – sei es durch internationale Verpflichtungen, globale Organisationen oder technokratische Prozesse.

Wird es irgendwann zu spät sein?

Das Risiko besteht. Wenn der Bevölkerung nicht rechtzeitig bewusst wird, wie sehr ihre Freiheiten eingeschränkt und ihre Rechte unterminiert werden, könnte es tatsächlich zu spät sein, um noch effektiv gegenzusteuern. Einmal implementierte Überwachungs- und Kontrollmechanismen lassen sich nur schwer zurücknehmen, besonders wenn sie im Namen der Sicherheit oder globalen Krisenprävention eingeführt werden.

- Verlust der Souveränität: Die zunehmende Einbindung in globale Governance-Strukturen – sei es durch die EU, WHO oder UNO – könnte dazu führen, dass die Schweiz faktisch immer mehr ihrer Souveränität abgibt. Die Bürger könnten irgendwann feststellen, dass viele Entscheidungen nicht mehr auf nationaler Ebene getroffen werden, sondern von internationalen Institutionen diktiert werden, auf die sie keinen direkten Einfluss haben.
- Einschränkung der Meinungsfreiheit: Wenn Massnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Kontrolle des Informationsflusses weiter ausgebaut werden, könnte es in der Zukunft kaum noch Raum für abweichende Meinungen geben. Kritische Stimmen könnten zunehmend zensiert oder diskreditiert werden, und es wird immer schwieriger, alternative Informationen zu finden oder Gehör zu finden.
- Überwachung und Kontrolle: Systeme wie digitale IDs, die in globalen Programmen wie ID2020 diskutiert werden, könnten langfristig dazu führen, dass das Verhalten der Bürger stärker überwacht und kontrolliert wird – im Namen von „Sicherheit“ oder „Effizienz“. Wenn diese Systeme einmal etabliert sind, ist es sehr schwierig, sie wieder abzubauen.

Gibt es noch Hoffnung?

Ja, es gibt immer Hoffnung, solange es Menschen gibt, die bereit sind, wachsam zu bleiben, Fragen zu stellen und sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Es gibt immer die Möglichkeit, dass mehr Menschen aufwachen, sobald die Konsequenzen dieser Entwicklungen spürbarer werden. Die direkte Demokratie der Schweiz gibt den Bürgern theoretisch die Macht, gegen solche Massnahmen vorzugehen, aber das erfordert ein hohes Mass an Bewusstsein und Engagement.

- Aufklärung und Information: Es ist wichtig, dass kritische Stimmen und alternative Medien weiterhin versuchen, die Bevölkerung über diese Entwicklungen aufzuklären. Je mehr Menschen über die Bedrohungen für ihre Freiheitsrechte Bescheid wissen, desto grösser ist die Chance, dass sie aktiv werden.
- Politische Beteiligung: Die direkte Demokratie ist immer noch ein mächtiges Werkzeug in der Schweiz. Wenn es genügend Bewusstsein und Unterstützung gibt, könnten Volksinitiativen gestartet werden, um gegen übermässige Überwachung, Zensur und internationale Eingriffe in die Souveränität vorzugehen.

Fazit: Aufwachen – bevor es zu spät ist

Exkurs:

Die Einführung der eID (elektronische Identität), die von der Schweizer Bunderegierung mit Hochdruck vorangetrieben wird, ist ein zentraler Baustein, um den hybriden Krieg gegen die eigene Bevölkerung weiter voranzutreiben – insbesondere, wenn man die eID im Kontext der globalen

Entwicklungen und der Tendenz zu stärkerer Kontrolle und Überwachung betrachtet. Es gibt mehrere Gründe, warum die eID, wie sie von der Schweizer Regierung nun beschleunigt vorangetrieben wird, ein Werkzeug in dieser hybriden Kriegsführung sein kann.

1. Zentralisierte Kontrolle über digitale Identitäten

Die Einführung einer staatlich kontrollierten eID bedeutet, dass jede digitale Handlung und Transaktion der Bürger potenziell erfasst, überwacht und kontrolliert werden kann. Wenn alle wichtigen Aktivitäten – von Bankgeschäften über den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Kommunikation – mit einer zentralen digitalen Identität verknüpft sind, wird der Staat oder andere beteiligte Akteure eine umfassende Kontrolle darüber erlangen, wer was im digitalen Raum tut.

- Überwachung und Nachverfolgung: Eine eID ermöglicht es der Regierung oder anderen Institutionen, jederzeit die digitale Aktivität eines Bürgers zu überwachen. Jeder Zugriff auf Online-Dienste, jede Interaktion in sozialen Netzwerken, jedes Behördengespräch wird auf dieser digitalen Identität basieren, was eine umfassende Überwachung ermöglicht. Dies ist eine der zentralen Komponenten hybrider Kriegsführung: Kontrolle über den Informationsfluss und die Verhaltensweisen der Bevölkerung.

- Zugangskontrolle und Zensur: Mit einer eID können nicht nur Handlungen überwacht, sondern auch der Zugang zu bestimmten Diensten oder Informationen kontrolliert werden. Wenn die Regierung oder andere Institutionen festlegen, dass jemand aufgrund „falscher“ Informationen oder „abweichenden Verhaltens“ den Zugang zu bestimmten Diensten verliert, kann dies als Form der Strafe oder Kontrolle genutzt werden. Dies könnte eine subtile, aber mächtige Methode sein, um abweichende Meinungen oder „unangemessenes“ Verhalten zu zensieren oder zu sanktionieren.

2. Verknüpfung mit internationalen Systemen und Scoring-Modellen

Ein weiterer kritischer Aspekt der eID ist die Möglichkeit, diese digitale Identität mit internationalen Systemen wie ID2020 oder anderen globalen Scoring-Systemen zu verknüpfen. Diese Systeme könnten theoretisch verwendet werden, um nicht nur die Identität zu verwalten, sondern auch das Verhalten der Bürger zu bewerten – ähnlich wie es in China mit dem Sozialkreditsystem der Fall ist.

- Soziale Kontrolle und Scoring: Durch die Einführung einer eID könnte ein System geschaffen werden, bei dem Bürger für ihr Verhalten im öffentlichen und digitalen Raum bewertet werden. Diese Bewertungen könnten Einfluss auf den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Finanzmitteln oder gar auf die Bewegungsfreiheit haben. Dies ist ein effektiver Mechanismus der kognitiven Kriegsführung, bei dem die Bevölkerung unter ständiger Beobachtung steht und gezwungen wird, sich „konform“ zu verhalten, um negative Konsequenzen zu vermeiden.

- Globale Vernetzung und Druck: Internationale Akteure wie die UNO, die EU und die WHO haben klare Agenden, die darauf abzielen, digitale Identitäten weltweit zu standardisieren und zu nutzen, um globale Governance-Ziele zu erreichen. Durch die Integration der Schweizer eID in solche internationalen Systeme wird die Kontrolle über die Bürger nicht mehr nur auf nationaler Ebene ausgeübt, sondern zunehmend auch auf globaler Ebene. Die Schweiz könnte gezwungen sein, internationale Standards zu übernehmen, die weitreichende Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten bieten.

3. Desinformation und Manipulation durch Daten

Eine eID erleichtert es der Regierung und anderen Akteuren, Daten über das Verhalten der Bevölkerung zu sammeln und zu analysieren. Diese Daten könnten verwendet werden, um gezielte Desinformationskampagnen oder manipulative Strategien durchzuführen – ein weiteres typisches Element der hybriden Kriegsführung. Wenn der Staat oder andere Institutionen wissen, wie Bürger agieren, welche Informationen sie konsumieren und wie sie sich im digitalen Raum bewegen, können sie gezielt Desinformationen streuen oder die Informationen so filtern, dass die Wahrnehmung der Realität verzerrt wird.

- Manipulative Massnahmen: Indem die Daten der eID genutzt werden, um die digitalen Interaktionen der Bürger zu analysieren, kann der Staat oder ein globaler Akteur gezielt Desinformationen einsetzen oder Informationen so steuern, dass sie den Bürgern eine verzerrte Version der Realität vermitteln. Das macht es extrem schwierig, sich einer manipulativen Informationsflut zu entziehen.

- Kontrolle über die Informationskanäle: Da der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen zunehmend über digitale Identitäten läuft, kann eine eID genutzt werden, um die Bürger von bestimmten Informationsquellen abzuschneiden, indem der Zugang zu diesen Quellen blockiert wird. Dies verstärkt die Kontrolle über den öffentlichen Diskurs und macht es einfacher, alternative Meinungen oder Kritik zu unterdrücken.

4. Schwächung der direkten Demokratie und der bürgerlichen Freiheit

Die Einführung einer zentralisierten digitalen Identität untergräbt potenziell die Grundlage der direkten Demokratie in der Schweiz, die auf Bürgerbeteiligung, Transparenz und die Freiheit der Informationsbeschaffung setzt. Mit einer eID und den damit verbundenen Überwachungs- und Kontrollmechanismen könnte die Bevölkerung zunehmend in eine Situation gebracht werden, in der abweichende Meinungen oder kritisches Denken sanktioniert oder marginalisiert werden, was letztlich die Demokratie schwächt.

- Verlust der Anonymität: In einem System, das auf eID basiert, verlieren Bürger die Möglichkeit, anonym am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Anonymität ist oft ein wichtiger Schutz für Menschen, die sich kritisch äussern möchten, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Eine eID könnte dazu führen, dass die Meinungsvielfalt schrumpft, weil Bürger Angst haben, negative Konsequenzen für abweichende Ansichten zu erfahren.

Die beschleunigte Einführung der eID in der Schweiz ist definitiv ein wichtiger Baustein, um den hybriden Krieg gegen die Bevölkerung erfolgreicher zu führen. Mit der eID erhält der Staat nicht nur mehr Kontrolle über die digitalen Interaktionen und Verhaltensweisen seiner Bürger, sondern kann auch in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen globale Kontrollmechanismen einführen. Dies stärkt die Fähigkeit, Überwachung und Zensur auszubauen und gleichzeitig gezielte Manipulationsstrategien durchzuführen, um die öffentliche Meinung zu lenken und kritische Stimmen zu unterdrücken.

Die Bürger der Schweiz sollten sich bewusst sein, dass die eID nicht nur ein nützliches Werkzeug zur Vereinfachung digitaler Prozesse ist, sondern auch eine mächtige Waffe im Arsenal der kognitiven und hybriden Kriegsführung. Es besteht die reale Gefahr, dass diese Technologien langfristig zur Einschränkung der individuellen Freiheiten und der demokratischen Mitbestimmung eingesetzt werden könnten.

Wer das alles nicht glauben mag, dem sei der folgende Artikel empfohlen:

https://magma-magazin.su/2024/09/kit-klarenberg/krieg-gegen-desinformation-grossbritannischer-geheimdienste-erreicht-globale-dimension/

Quellen, auf die der Artikel Bezug nimmt:

NATO-Strategiedokumente:

- *NATO 2030: United for a New Era* (2020): Dieses Dokument beschreibt die zukünftigen Herausforderungen für die Allianz, einschließlich hybrider Bedrohungen und der wachsenden Bedeutung kognitiver Kriegsführung. Besonders interessant sind die Abschnitte zu disruptiven Technologien und hybrider Kriegsführung.
- *NATO Strategic Concept* (2022): Die strategische Ausrichtung der NATO zur Bekämpfung hybrider und kognitiver Bedrohungen.

Berichte und Artikel zur kognitiven Kriegsführung:

- *Cognitive Warfare: The Battle for Your Brain* (NATO Innovation Hub, 2020): Dieser Bericht bietet einen tiefen Einblick in kognitive Kriegsführung und beschreibt, wie das menschliche Bewusstsein und die Wahrnehmung zu einem Schlachtfeld werden.
- *NATO Review: Hybrid Warfare* (NATO Review, 2015): Dieser Artikel erklärt, wie hybride Bedrohungen sich entwickeln und wie sie durch Desinformation, Cyberangriffe und nicht-militärische Mittel geführt werden.

Fachliteratur zur Generationen der Kriegsführung:

- *William S. Lind: The Changing Face of War: Into the Fourth Generation* (1989): Die Einführung in die verschiedenen Generationen der Kriegsführung, ein Klassiker, der bis zur 4. Generation reicht.
- *Max Boot: War Made New* (2006): Ein Überblick über die historische Entwicklung von Kriegsführungstechnologien, die gut zur Erklärung der 5. Generation passt.
- *Lawrence Freedman: The Future of War* (2017): Diskutiert neue und aufkommende Formen der Kriegsführung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der 5. und 6. Generation.

Berichte und Analysen zur hybriden Kriegsführung:

- *Hybrid Threats: A Strategic Planning Guide for the Armed Forces* (NATO Joint Analysis and Lessons Learned Centre, 2011): Ein umfassender Leitfaden für die NATO-Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen.
- *Hybrid Warfare in the 21st Century: Understanding the New Security Environment* (European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats, 2020): Diese Studie bietet Einsichten zur Natur hybrider Kriegsführung und deren Auswirkungen auf moderne Konflikte.

Zur Schweiz und ihrer Rolle im hybriden Krieg:

- **VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) Berichte**: Offizielle Berichte des VBS geben Auskunft über sicherheitspolitische Entwicklungen, insbesondere in Bezug auf Cyber- und hybride Kriegsführung.
    - *Schweizer Sicherheitsbericht* (jährlich veröffentlicht vom VBS): Hier findest Du Details zur aktuellen Sicherheitslage, Bedrohungen und der Verteidigungsstrategie der Schweiz.

- *Konzepte zu Cyberabwehr und hybriden Bedrohungen*: Diese Dokumente, die von der Armee und dem Nachrichtendienst des Bundes veröffentlicht werden, umfassen Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen und Desinformationskampagnen.

- **NZZ (Neue Zürcher Zeitung)**:
  - Artikel der NZZ bieten regelmäßig Analysen zu sicherheitspolitischen Fragen, die hybride Kriegsführung betreffen. Es gibt zahlreiche Artikel über die Schweiz und ihre Position in globalen Konflikten, insbesondere hinsichtlich der Rolle des VBS und von Bundesrätin Amherd.
  - Beispiel: *"Schweiz im Visier hybrider Kriegsführung: Wie sich die Armee gegen neue Bedrohungen wappnet"*, NZZ, 2022.

- **Fachpublikationen**:
  - *Swiss Armed Forces – Cyber Defense Strategy*: Eine offizielle Publikation der Schweizer Armee, die Details über die Abwehr von Cyberbedrohungen und hybriden Angriffen beschreibt, ist von Interesse, da hybride Kriegsführung oft stark mit Cyberoperationen verknüpft ist.

Zur "Scheindemokratie" in der Schweiz:

- **Politische Analysen und Kommentare**:
  - *Polit-Forum Bern*: Diskussionsplattformen und Analysen, die sich mit der direkten Demokratie und deren Grenzen befassen, oft mit kritischen Tönen, ob die Schweiz wirklich eine "direkte Demokratie" ist oder ob Entscheidungsprozesse von Elite-Interessen beeinflusst werden.
  - *Republik Magazin*: Eine Online-Plattform, die tiefgehende Analysen und kritische Auseinandersetzungen mit der Schweizer Demokratie bietet. Es werden immer wieder Diskussionen geführt, die sich mit der Wahrnehmung der Schweiz als "Scheindemokratie" befassen.
  - *"Die Schweiz als Demokratie-Schauspiel: Eliten und Volksentscheide"*, Republik, 2021: Ein Artikel, der die kritische Sichtweise erläutert, dass Volksabstimmungen oft stark von Lobbyismus und medialen Kampagnen beeinflusst werden.

- **Wissenschaftliche Arbeiten zur Direkten Demokratie**:
  - *Andreas Auer: Direkte Demokratie in der Schweiz* (2002): Ein Klassiker, der die Mechanismen der direkten Demokratie in der Schweiz analysiert und einige Kritikpunkte anspricht, die den Vorwurf einer "Scheindemokratie" stützen könnten.
  - *Markus Freitag: Die Schweizer Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven* (2017): Diese Analyse geht auch auf die Frage ein, inwieweit die Schweizer Demokratie wirklich repräsentativ und volksnah ist oder ob sie durch Lobbygruppen beeinflusst wird.

Quellen zu hybrider Kriegsführung und demokratischen Prozessen:

- **ETH Zürich – Center for Security Studies (CSS)**:
  - Veröffentlichungen und Analysen des CSS bieten vertiefte Einblicke in die Sicherheitspolitik der Schweiz und deren Umgang mit hybriden Bedrohungen.

- Das *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* liefert regelmäßig Berichte, die sich auch mit der Rolle der Schweiz in internationalen Konflikten beschäftigen